

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK

"Begrenzt Europas Macht"

Edmund Stoiber trifft Helmut Schmidt: Ein Gespräch über die Zukunft der EU und deutsche Interessen / *Josef Joffe* *Martin Klingst*

"Das Schlimmste ist die Verwässerung des kooperativen Verhältnisses zwischen Paris und Berlin. Einige Deutsche spucken zu große Töne Ex-Kanzler Helmut Schmidt "Wir sind uns in Europa nicht einmal einig, ob Tiermehl sofort verbrannt werden soll. Wie wird das erst, wenn 27 am Tisch sitzen? CSU-Chef Edmund Stoiber.

die zeit: Helmut Schmidt und Edmund Stoiber, der hanseatische Sozialdemokrat und der bayerische Konservative - größer könnten die politischen Gegensätze eigentlich kaum sein. Doch wenn es um die Zukunft Europas geht, sind Sie immer öfter einer Meinung. Warum?

Edmund Stoiber: Helmut Schmidt schaut auf Europa ehrlicher und realistischer, als das viele andere tun, die Politik machen. Es gibt aber einen wichtigen Punkt, in dem wir uns unterscheiden. Herr Schmidt, Sie glauben, Europa könne sich immer noch nach der Methode Monnet entwickeln, also Schritt für Schritt, ohne eine genaue Zielbestimmung, ohne zu sagen, was eigentlich der Endzustand, das Ziel, die so genannte Finalität der Union sein soll.

Ich hingegen meine, unser Europa der 15 ist heute weit mehr als ein bloßer Staatenbund und besitzt selbst fast schon eine Art Staatsqualität. Denn in Brüssel können viele Dinge beschlossen werden, die unmittelbar in die Innenpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten und damit in das persönliche Leben der Menschen

eingreifen. Wir sind also an einem Punkt angelangt, wo man deutlich beschreiben muss, was letztlich die Aufgaben der Europäischen Union sein sollen. Kurz: Wir müssen gemeinsam festlegen, wer welche Kompetenzen in Europa haben soll und was bei den Mitgliedstaaten verbleibt. Ohne diese Klärung leidet Europa an einem Legitimationsdefizit, das die Bürger gegen die Integration einnimmt.

Helmut Schmidt: Die Methode Monnet ist ein Schlagwort, das mir nicht recht passt. Monnet war ein großer Staatsmann, dessen Verdienste man nicht hoch genug einschätzen kann. Schritt für Schritt vorzugehen schließt keineswegs klare Kompetenzregelungen aus. Ich würde sogar noch ein schärferes Wort wählen als Sie, Herr Stoiber: Kompetenzbeschränkung. Denn der Kompetenz-Imperialismus der EU-Organe muss dringend eingegrenzt werden.

Ein Beispiel: Seit den Römischen Verträgen gibt es den "Rat", außerdem seit zwei Jahrzehnten den "Europäischen Rat", also das Gremium der Staats- und Regierungschefs, die bestimmte Befugnisse haben. Tatsächlich haben wir aber in den vergangenen 40 Jahren immer mehr Räte bekommen, ich schätze inzwischen mindestens anderthalb Dutzend. Ohne dass dies in irgend einem Vertrag schriftlich festgelegt wurde, maßen auch diese Räte sich an, Beschlüsse mit legislativer, zum Teil exekutiver Wirkung zu fassen. Da sitzen die Trittins oder Kühnasts aus

15 Ländern zusammen und beschließen irgendetwas. Nehmen wir nur den Fall - Sie kennen ihn, Herr Stoiber, denn Helmut Kohl hatte sich schon furchtbar darüber aufgeregt -, als einer dieser Räte eine Direktive zur Beschaffenheit von Sitzen auf landwirtschaftlichen Traktoren in die Welt gesetzt hat ...

Stoiber: oder zur einheitlichen Feuerwehruniform ...

Schmidt: ... oder den Aufdruck auf meiner Zigarettenschachtel, wonach die europäischen Gesundheitsminister sagen: "Rauchen gefährdet die Gesundheit." Ein Teil manchen Blödsinns, der da ohne klare Zuständigkeiten als EU-Direktive beschlossen wird, kommt aus der nationalen Innenpolitik oder von irgendeinem Verband.

zeit: Braucht Europa also eine Verfassung, um Kompetenzen klar zu regeln und zu beschränken?

Stoiber: Ich scheue den Begriff Verfassung, denn damit verbindet man eigentlich einen Staat. Einen europäischen Staat aber wollen wir nicht, deshalb habe ich immer gesagt, man muss vor die Klammer der europäischen Verträge einen Verfassungsvertrag setzen, der festlegt, was die Aufgaben Europas sind.

Schmidt: Sie haben einmal gesagt, Herr Stoiber, es müsse ein Papier geben, das alles zusammenfasst, was gilt. Das stimmt, wir sollten es aber nicht Verfassungsvertrag

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

nennen. Mit dem Begriff habe ich erhebliche Probleme. Die Briten würden einen Verfassungsvertrag in einem Referendum sofort ablehnen - schon allein wegen ihrer jahrhundertalten politischen Kultur. England hat keine eigene Verfassung, wieso sollte es dann einen europäischen Verfassungsvertrag akzeptieren?

Ich bin noch aus einem anderen Grund dagegen. Eine Verfassung enthält üblicherweise auch Regelungen zum Staatsoberhaupt und zu einer gemeinsamen Regierung. Anders als es sich der Präsident der EU-Kommission Romano Prodi wünscht, darf die Kommission aber keine europäische Regierung werden. Wir sollten also nicht von einer Verfassung reden, sondern lieber ein neutraleres Wort wählen, etwa Grundlagenvertrag oder Grundvertrag.

Stoiber: Einverstanden. Wenn der Begriff Grundvertrag negative Reflexe, etwa bei den Briten, vermeidet, bin ich dabei. Wichtig ist, dass der EU Schranken gesetzt werden. 1992, in Maastricht, haben wir ja bereits einen ersten Qualitätssprung geschafft. Auf Druck der Deutschen und besonders der Bayern wurde das Prinzip der Subsidiarität in die Verträge aufgenommen, was heißt: Zunächst lösen die kleineren Einheiten - also die Regionen oder Nationalstaaten - das, was sie aus eigener Kraft lösen können. Jetzt muss noch die Kompetenzabgrenzung kommen, sozusagen als weitere Stufe der Subsidiarität. In einen solchen Grundvertrag sollte dringend auch das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen aufgenommen werden. Eigenständige Gebietskörperschaft mit eigener Kompetenz ist eine wichtige Errungenschaft des Föderalismus. Leider wehren sich

einige EU-Staaten gegen einen solchen Passus.

Schmidt: Es muss möglich sein, dass in einem vereinten Europa beispielsweise Frankreich zentralistisch und Deutschland föderalistisch organisiert bleibt. Die Nationen müssen ihre Eigenheiten und Traditionen wahren können. Der Europäische Gerichtshof hat zum Beispiel beschlossen, dass die Bundeswehr gefälligst Frauen als Soldatinnen einstellen soll. Es ist nicht zu begreifen, dass die sich das Recht anmaßen, in unsere Verfassung einzugreifen. Und es ist darüber hinaus nicht zu begreifen, dass die Bundesrepublik Deutschland sich diesem Diktum unterwirft. Diese Anmaßungen sind nur möglich, weil es die Kompetenzbeschränkungen, von denen wir hier reden, nicht gibt.

Stoiber (klatscht zustimmend): Völlig richtig, ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Schmidt, dass Sie bei dieser Grundfrage Bundeswehr so scharfe Worte finden. Hier hat der Europäische Gerichtshof aus einer Gleichstellungsrichtlinie, also aus dem Arbeitsrecht heraus, in einen deutschen Verfassungsartikel, in eine gesellschaftspolitische Grundentscheidung, eingegriffen. Dieser Artikel hat aber einen bestimmten historischen Hintergrund, der auf EU-Ebene völlig verloren geht. Aus gutem Grund sind wir in dieser Frage anders geprägt als andere europäische Länder und haben deshalb Frauen ...

Schmidt: ... vom Dienst mit der Waffe ausgenommen.

Stoiber: Richtig. Dieses Verfassungsprinzip kann man doch nicht einfach von Europa aus vom Tisch wischen, aber das scheint nur wenige Menschen zu stören. Mich

hat es sehr gestört, dass die grundsätzliche Frage, ob Europa überhaupt diese Kompetenz hat und haben soll, in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle gespielt hat. Kein Vergleich, was passiert wäre, hätte ich als CSU-Vorsitzender gefordert, die gesamte Bundeswehr für Frauen zu öffnen. Dann hätte ich in Deutschland einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Wir reden in Europa über alles Mögliche, aber nicht über die wesentliche Frage: Was eigentlich ist die Aufgabe der EU?

Schmidt: Diese Frage muss geklärt werden - und zwar bevor die Union sich um sechs oder zwölf Mitglieder erweitert. Denn die EU ist gegenwärtig weder strukturell noch finanzwirtschaftlich in der Lage, weitere Mitglieder zu verkraften. Ich rate deshalb sehr, die Erweiterung langsam und sorgfältig vorzunehmen.

zeit: Was kann und muss denn Ihrer Meinung nach vor allem europäisch gelöst werden?

Stoiber: Da gibt es ein paar klare Dinge, Sicherung des Binnenmarktes und der Stabilität des Euro, gemeinsames Auftreten in Fragen der globalen Wirtschaft oder zum Beispiel die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Dies können wir in Deutschland nicht allein, dazu brauchen wir zum Beispiel die Polen, die Italiener, die Finnen, die Spanier. Hier muss es eine stärkere europäische Kompetenz geben, deshalb bin ich grundsätzlich offen auch für eine europäische Polizei und eine europäische Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung internationaler Syndikate. Wir brauchen mit Sicherheit auch mehr gemeinsame Regularien hinsichtlich der Zuwanderung.

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Schmidt: Ich stimme Ihnen hier zu, Einwanderung und Asyl werden wir auf Dauer nicht mehr national regeln können ...

Stoiber: ... zumal unsere Grenzen ja gegenwärtig bereits von den Österreichern und Italienern, morgen von Polen und Slowenen geschützt werden ...

Schmidt: ... und wenn die großartigen Ministerpräsidenten und Staatschefs sich durchsetzen, sogar vom möglichen EU-Mitglied Türkei.

Stoiber: Es war wirklich ein großer Fehler, der Türkei einen Aufnahmestatus zu verleihen. Das kommt davon, dass europäische Politik nur noch pragmatisch betrieben wird und man sich für grundsätzliche Fragen keine Zeit mehr nimmt.

Schmidt: Ihr Wort "pragmatisch" sollten wir durch "opportunistisch" ersetzen. Die Türkei-Entscheidung hat mit anständigem Pragmatismus nichts mehr zu tun.

Stoiber: Das ist richtig.

Schmidt: Außer Amerikas geostrategischem Interesse spricht überhaupt nichts dafür, die Türkei, die in 30, 40 Jahren 100 Millionen Menschen haben wird, die an Georgien, Armenien, Irak, Syrien und Iran grenzt, die in sämtlichen Konflikten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Zentralasiens außen- und sicherheitspolitisch auf das stärkste involviert ist - nichts also spricht dafür, die Türkei in die Europäische Union aufzunehmen. Wegen des gemeinsamen Marktes ist jedoch ein Assoziationsvertrag vernünftig.

Stoiber: Natürlich sind die Türken ein wichtiger Partner Deutschlands, wir wollen eine special relationship,

sowohl in wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht. Aber die Europäische Union ist etwas anderes als ein Verteidigungsbündnis, Europa ist kein beliebig dehnbare Begriff. Es gibt geografische, kulturelle, politische Grenzen. Am Ende würde auch noch Russland dazugehören. Da sage ich klar nein.

zeit: Anders als Herr Schmidt waren Sie bislang wenigstens bereit, über die Ukraine zu reden.

Stoiber: Nein, da schließe ich mich Helmut Schmidt durchaus an, wobei das enge Bindungen nicht ausschließt. Gerade Weißrussland, Russland und die Ukraine haben wie die Türkei einen ganz anderen geschichtlichen Hintergrund. Sie sind, kurz gesagt, von der Französischen Revolution nie berührt gewesen ...

Schmidt: ... überhaupt von der ganzen geistigen und politischen Aufklärung ausgespart worden. Was die Ukraine und Weißrussland angeht, sind sie seit Hunderten von Jahren, mindestens seit Iwan dem Schrecklichen, Teil des zaristischen und später des sowjetischen Reichs gewesen. Natürlich hat es auch in Russland aufgeklärte Menschen, einige so genannte Westler, gegeben. Nur wurden die unterdrückt, erst unter den Zaren, später unter Lenin und Stalin und deren Nachfolgern. Auch die Türkei hat trotz Kemal Atatürk keine Aufklärung erlebt. Auf dem Papier sieht sie zwar aus wie eine Demokratie, in Wirklichkeit aber entscheidet über die Geschicke der Türkei der Sicherheitsrat, also die Generäle.

Stoiber: Selbst wenn die Türkei eine Demokratie nach französischem oder britischem Muster wäre, grenzt sie an Syrien, an Georgien, den Irak

- und dort ist eben nicht mehr Europa. Mit der Aufnahme der Türkei in die EU würden wir Europa nicht mehr zu bewältigende Schwierigkeiten aufladen und den Keim des Zerfalls legen.

Es war übrigens schon falsch, die Erweiterungsverhandlungen mit anfangs sechs Bewerberländern auf insgesamt zwölf Beitrittskandidaten auszudehnen. Wir übernehmen uns, wenn wir neben Polen und Tschechien gleichzeitig mit einem Land wie Bulgarien verhandeln, das bislang nur über 22 Prozent des durchschnittlichen europäischen Bruttoinlandsprodukts verfügt.

Schmidt: Die Ausweitung auf zwölf Beitrittskandidaten war wirklich leichtfertig. Wir haben seit dem Schuman-Plan zwanzig Jahre gebraucht, bis es zum Beitritt Großbritanniens kam. Erst im Laufe der siebziger Jahre ist die EU von sechs auf neun gewachsen, in den Achtzigern auf zwölf und im nächsten Jahrzehnt auf fünfzehn. Nun soll die EU insgesamt 27 Mitglieder verkraften. Das kann nicht gut gehen, wir haben jetzt diese Unordnung, weil die Regeln, die einst für einen Verein von sechs gedacht waren, schon heute nicht mehr passen.

Abgesehen davon ist der Durst der Staats- und Regierungschefs und der Brüsseler Zentrale unersättlich. Sie wollen immer mehr, sprechen von einer gemeinsamen Außenpolitik ...

zeit: ... und einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Prompt gibt es Ärger mit Amerika. Wie eigenständig soll Europa denn sein?

Schmidt: Es ist verfrüht, von einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik zu sprechen. Sie wird es in den nächsten 20 Jahren

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

nicht geben, auch keine gemeinsame Außenpolitik, es sei denn in irgendeiner Krise unter dem Diktat der Amerikaner.

zeit: Europäische Krisenreaktionskräfte sind aber trotz amerikanischer Bedenken beschlossene Sache.

Schmidt: Das ist ein Vorhaben, dem die Füße fehlen. Die Europäer haben weder eine gemeinsame Kapazität für die Aufklärung noch für Nachrichtenverbindungen, Kommandostrukturen und Transport. Wenn sie das schaffen wollen, dann wird dies, da haben die Amerikaner Recht, eine Parallelorganisation zur Nato. Das muss nicht unbedingt schlimm sein, aber es wird Spannungen mit Washington auslösen, die nur langfristig wieder ausgeräumt werden können. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU - das sind Träume, so weit sind wir noch lange nicht.

Stoiber: Ich halte dieses ferne Ziel allerdings, anders als Herr Schmidt, für erstrebenswert. Doch im Augenblick haben wir ganz andere Sorgen. Wir sind nicht einmal in der Lage, über eine im Moment alle Europäer massiv bewegende Frage Einigung zu erzielen. Nämlich darüber, ob Tiermehl, das ein möglicher Überträger von BSE ist, überhaupt nicht mehr verwendet werden darf und sofort verbrannt werden soll. Wie soll das erst werden, wenn 27 am Tisch sitzen? Deswegen sage ich, geht den Erweiterungs- und Reformprozess behutsam und seriös an, sonst kehrt der Nationalismus wieder.

Schmidt: Die Hektik und die Unordnung sind schlimm. Das Schlimmste aber ist die Verwässerung des guten, kooperativen Verhältnisses

zwischen Paris und Bonn, neuerdings Berlin. Einige Deutsche, finde ich, spucken zu große Töne. Doch Europa kann nur florieren, wenn Deutsche und Franzosen in allen wichtigen Fragen an einem Strang ziehen.

Stoiber: Diese Beziehung Paris-Berlin ist wirklich durch nichts zu ersetzen, weder durch Berlin-London noch durch Paris-London, noch durch eine andere. Wir sollten niemals den Eindruck erwecken, als würde Europa mit der Wiedervereinigung und der Osterweiterung zu einem deutschen Europa werden. Deshalb sollte auch Bundesaußenminister Fischer, wenn er in der Humboldt-Universität oder im belgischen Parlament Reden über die Zukunft Europas hält, seine Positionen zunächst mit seinem Kollegen in Frankreich abstimmen.

Schmidt: Das möchte ich unterstreichen. Wer, ob als Minister oder Privatmann, große, auf die Finalität Europas zielende Konzepte vorträgt, ohne sie vorher mit den Franzosen durchgearbeitet zu haben, beschädigt die Beziehungen zu Paris und schadet der EU.

zeit: Fischer sprach von einem notwendigen "Gravitationszentrum", einer europäischen Pioniergruppe, zu der Deutschland und Frankreich gehören sollen.

Schmidt: Ein unnötiger Begriff.

Stoiber: Das finde ich auch, denn er führt nur zu Missverständnissen.

Schmidt: Zur Entlastung Fischers will ich aber sagen: Diese unnütze Vielrederei gab es schon vor ihm, und die deutsche Großmannssucht wurde besonders deutlich in dem Vorwegpreschen von Genscher und Kohl bei der Anerkennung Kroatiens

und Sloweniens. Sie zeigt sich weiter im deutschen Anspruch auf einen Sitz im Sicherheitsrat und in dem Gerede über ein größeres Gewicht der Deutschen in der EU.

zeit: Sie, Herr Stoiber, waren für eine neue Stimmengewichtung, die auch die Bevölkerungszahl berücksichtigt.

Stoiber: Das ist auch ein Stück demokratische Legitimation, die nicht gegeben ist, wenn ich nur die Länder ohne ihre Bevölkerung zähle. Trotzdem hat Herr Schmidt mit seiner Warnung Recht. Ein Gravitationszentrum Berlin der alten Art dürfen wir nie wieder entstehen lassen.

Schmidt: Wenn ich mir als Franzose diesen monströsen unsäglichen Neubau des Kanzleramts in Berlin anschau, dann ist das für mich die Bestätigung all meiner Soupçons. Die Selbstüberschätzung war übrigens auch schon bei Helmut Kohl zu spüren, im November 1989, als François Mitterrand von Kohls Zehn-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung erst aus den Abendnachrichten erfuhr.

Stoiber: Hier widerspreche ich - Kohl musste handeln, bevor das Fenster der Gelegenheit zuklappte.

Schmidt: Wie auch immer, es war ein Fehler.

Das Gespräch moderierten Josef Joffe und Martin Klingst

Textdokumentation: Josef Hrycyk

Helmut Schmidt: "Zwölf neue EU-Kandidaten - das ist leichtfertig"
Edmund Stoiber: "Russland in die EU? Da sage ich klar nein" /